

20. Februar 2024
Botschaften und Plenarthemen

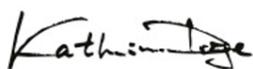
Grüne Woche im Bundestag

Liebe Kolleg*innen,

am 24. Februar jährt sich der Überfall Russlands auf die Ukraine zum zweiten Mal. Hunderttausende Menschen sind Putins rücksichtslosem Machtstreben zum Opfer gefallen: Familien bei nächtlichen Raketenangriffen auf Wohngebäude oder Soldatinnen und Soldaten an der Front. Der 24. Februar markiert auch für die Sicherheit Europas eine hochgefährliche und beispiellose Zäsur. Diesen gezielten Bruch des Völkerrechts und den Versuch, Grenzen gewaltsam zu verschieben, verurteilen wir auf das Allerschärfste. **Die Ukraine braucht weiterhin unsere Unterstützung in ihrem Kampf um Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie.** Deutschland ist in absoluten Zahlen inzwischen der zweitgrößte Unterstützer im Bereich der Militärhilfe, hilft umfangreich auch diplomatisch, finanziell und humanitär und wird für die Ukraine immer ein verlässlicher Partner bleiben. Angesichts der aktuellen Lage **ist Deutschland aber aufgefordert, seine Unterstützung zu steigern sowie sich bei unseren europäischen Partnern für eine Erhöhung ihrer Beiträge einzusetzen. Das bekräftigen wir in einem gemeinsamen Antrag aller Regierungsfractionen.** Auch innerhalb Russlands zeigt sich Putins Brutalität und Menschenverachtung in immer größerer Härte. **Dass Alexej Nawalny, die lauteste und eindringlichste Stimme für ein friedliches, freies und demokratisches Russland, dafür mit dem Leben bezahlt hat, schockiert und liegt in Verantwortung des russischen Präsidenten.** Der Bundestag wird sich mit den Folgen darauf in einer Aktuellen Stunde befassen. Eine Verschärfung der EU-Sanktionen gegenüber Russland muss jetzt auf den Tisch.

Der aktuelle Jahreswirtschaftsbericht zeigt, dass die deutsche Wirtschaft dringend neue Impulse braucht. Niemand kann mit den aktuellen Zahlen zufrieden sein, aber es wäre auch falsch, den Wirtschaftsstandort schlecht zu reden. Ein großer Teil der heutigen Wachstumschwäche liegt an den Fehlern der Vergangenheit, wie einer verantwortungslosen Energieabhängigkeit gegenüber Russland, die wir mit viel Einsatz und Kosten überwinden mussten. **Jetzt braucht es einen Aufbruch für die Wirtschaft und die Modernisierung des Landes.** Dafür sind dringend neue Investitionen in die Schiene, Brücken, Schulen und in klimafreundliche Zukunftstechnologien notwendig. Gleichzeitig wollen wir den Investitionsstandort und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands stärken, indem wir unnötige Bürokratie abbauen und die Fachkräftegewinnung weiter stärken. Dass unzählige Jobs in Deutschland nicht besetzt werden können, obwohl viele Menschen gerne arbeiten möchten, ist eine Konjunkturbremse, die wir dringend lösen müssen. Absolut unverantwortlich ist es, dass die Union im Bundesrat ausgerechnet das Wachstumschancengesetz und damit Entlastungen für die Wirtschaft in Milliardenhöhe blockiert. Gemeinsam mit vielen Stimmen aus der deutschen Wirtschaft fordern wir Friedrich Merz auf, diese Blockade zu beenden. Tut er das nicht, demonstriert er seine und die Regierungsunfähigkeit der Union.

Herzliche Grüße



Katharina Dröge MdB,
Fraktionsvorsitzende



Britta Haßelmann MdB,
Fraktionsvorsitzende

DIESE WOCHE WICHTIG IM PLENUM

- **ZWISCHENBERICHT DER ENQUETE-KOMMISSION AFGHANISTAN:** Seit September 2022 werten 12 Abgeordnete und 12 Sachverständige fraktionsübergreifend das deutsche Engagement in Afghanistan aus. Diese Woche veröffentlicht die Enquete-Kommission „Lehren aus Afghanistan“ ihren Zwischenbericht. Die umfassende parlamentarische Aufarbeitung des fast 20-jährigen Afghanistan-Einsatzes benennt klar und selbstkritisch die begangenen Fehler, deren Ursachen und erarbeiten Lehren für die Zukunft deutscher Auslandsengagements. Als Grüne haben wir uns dafür eingesetzt, dass bei dieser Aufarbeitung unterschiedliche Perspektiven vereint werden: von militärischen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, besonders den afghanischen, über politische Entscheidungsträger*innen der ehemaligen Bundesregierungen, der Bundeswehr und anderer beteiligter Institutionen. Besonders wichtig ist uns, auch die Auswirkungen auf Frauen und Mädchen in den Fokus zu nehmen, mitsamt ihrer schwierigen Lage in einer Gesellschaft, in der ihnen wenig Rechte zugeschrieben werden. In der nächsten Phase der Enquete-Kommission werden wir uns dafür einsetzen, dass konkrete Handlungsempfehlungen formuliert werden, die zur Verbesserung unseres zukünftigen vernetzten außenpolitischen Handelns beitragen können.
- **EINSATZ DER BUNDESWEHR IM ROTEN MEER:** Im Bundestag werden wir in dieser Woche ein Mandat zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der maritimen EU-geführten Operation EUNVFOR ASPIDES beschließen. Seit November 2023 führt die Huthi-Miliz aus dem Jemen Angriffe auf die internationale Schifffahrt durch. ASPIDES ist eine rein defensive Mission, um Angriffe abzuwehren, die Freiheit der Schifffahrt im Roten Meer damit zu schützen und die Sicherheit des Seeverkehrs zu erhöhen. Die Bundeswehr will sich mit der Fregatte "Hessen" zunächst für zwei Monate an der Operation beteiligen. Allen Soldatinnen und Soldaten danken wir für ihren Dienst und wünschen ihnen einen sicheren Einsatz!
- **REFORM DER CANNABIS-POLITIK:** Mit dem Beschluss des Cannabisgesetzes beenden wir für erwachsene Menschen die Kriminalisierung des Cannabis-Konsums, während wir den Gesundheits- und Jugendschutz erhöhen. Mit ihr wird für erwachsene Menschen der Besitz von maximal 50 Gramm Cannabis, der begrenzte Anbau in der eigenen Wohnung oder die kontrollierte Abgabe legal und straffrei möglich. Die legale Alternative wird den Schwarzmarkt zurückdrängen und so den Jugend- und Gesundheitsschutz verbessern. In den parlamentarischen Verhandlungen konnten weitere positive Veränderungen erreicht werden. Der Kontrollaufwand für die Polizei wird verringert und Regelungen bezüglich Cannabis und Straßenverkehr den Regelungen bei Alkohol angeglichen. Auch der Anbau von medizinischem Cannabis wird erleichtert.

Irene Mihalic

Dr. Irene Mihalic MdB,
Erste Parlamentarische Geschäftsführerin